

Antwort der Piratenpartei auf unsere Wahlprüfsteine

1) Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Sondergesetze für psychiatrisierte Personen abgeschafft werden, wie es die UN-Behindertenrechtskonvention fordert? Falls Ja: Welche Vorschläge bringen Sie zu dem Thema vor?

Ja. Eine Reform der Richtlinien, die eine sorgfältige psychiatrische Diagnostik und Behandlung sicherstellen, ist dringend notwendig. Desweiteren müssen auch Ordnungsämter entsprechend geschult werden. Da die meisten Unterbringungen oft über das PsychKG beginnen und dann schnell in eine betreuungsrechtliche Unterbringung münden, sollte dieser Part unter besonderer Schulung und Ausgestaltung der Fachkräfte erfolgen.

2) Werden Sie sich dafür einsetzen, dass „Saneismus“ als offizieller Diskriminierungsgrund anerkannt und dementsprechend in Bildungskataloge, Gesetze und öffentliches Bewusstsein gelangt? Falls Ja: Welche Vorschläge bringen Sie zu dem Thema vor?

Ja. Wie bei vielen Ismen bedarf es auch bei Saneismus der Aufklärung. Eine Änderung derartiger Denkstrukturen ist nur durch gesamtgesellschaftliche Anstrengung zu erreichen. Verrückt ist auch nur eine Variation von normal.

3) Wie ist Ihre Meinung zum Thema „Zwangsbehandlung“, insbesondere zur Medikamentenvergabe ohne Einwilligung der Betroffenen?

Leider gibt es Situationen wo Zwangsbehandlungen in Form von Medikation und Sicherungsmaßnahmen nötig sind, aktuell bis zum 31.12.2022 noch unter dem BGB 1906, um Gefahren für Leib und Leben von Menschen zu schützen. Wir halten aber den 'Werdenfelser Weg' für den besten Kurs. Zudem wollen wir, dass bei der zukünftigen Registrierung und Weiterbildung von rechtlichen Betreuer:innen der Bereich der Pharmakologie als Weiterbildungsinhalt hier in NRW eingeführt wird.

4) Sehen Sie die Förderung von Selbsthilfe (von Betroffenen für Betroffene) als mindestens genauso wichtig an wie die monetäre Förderung psychiatrischer ‚Kliniken‘ und vergleichbarer Einrichtungen? Falls Ja: Wie gedenken Sie die Förderung auszubauen?

Ja Wir setzen uns ein für eine psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung der Menschen in NRW ein, die die Bedürfnisse der Patienten in den Mittelpunkt stellt. Die gemeindenahere psychiatrische Versorgung muss zielgerichtet und zeitnah ausgebaut werden, u.a. durch eine inklusive Arbeitsmarktpolitik für Menschen mit psychischen Störungen sowie eine deutliche Verbesserung der rechtlichen Situation von Menschen mit psychischen Störungen. Auch die Förderung von Selbsthilfegruppen ist ein wichtiger Bestandteil.

5) Sehen Sie die Möglichkeiten, die durch die Covid-19-Pandemie gestiegenen psychischen Belastungen bei Kindern und Jugendlichen anders als durch Psychiatrisierung aufzufangen und sind Sie bereit

diese zu fördern? Beispiele dafür sind Selbsthilfeangebote und Community-Organisationen.

Ja Wir setzen uns für bedingungslose Bildung ein. Diese beinhaltet die Unterstützung von Gruppierungen wie #WirWerdenLaut ebenso wie einen entschleunigten Schulalltag mit mehr Jokertagen, welche zu einer Verbesserung der Vereinbarkeit von Familienleben und Schule beitragen sollen. Auch unterstützen wir die Forderungen der Aufstockung des pädagogischen und schulpsychologischen Personals und sehen dort massiven Weiterbildungs- und Nachholbedarf.

6) Erkennen Sie das Problem von informellem Zwang in der Psychiatrie an? Falls Ja: Was tun Sie, um diese Praxis zu unterbinden?

Ja Hier gibt es zwar fast keine Steuermöglichkeit, denn z.B. das Jobcenter oder die Agentur entscheiden, wer das Gutachten macht. Dies wird dann zumeist der eigenen Behörde zugeschoben. Auf Landesebene würden wir uns dafür einsetzen, dass psychiatrische Untersuchungen in eine neutrale Vergabe gelangen.